

## **Gesetzentwurf**

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

### **Gesetz zur fairen Anrechnung von Zuschüssen bei kommunalen Beiträgen**

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### **Artikel 1**

#### **Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg**

Im Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg vom 31. März 2004 (GVBl.I/04, [Nr. 08], S.174), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl.I/14, [Nr. 32]) geändert worden ist, wird in § 8 Absatz 4 Satz 7 der Halbsatz 2 wie folgt neu gefasst:

*„Zuwendungen Dritter sind, sofern der Zuwendende nichts anderes bestimmt hat, anteilig zur Deckung des gesamten Aufwandes zu verwenden.“*

#### **Artikel 2**

#### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

#### Begründung:

Die derzeitige Regelung des § 8 Abs. 4 S. 7 Hs. 2 bestimmt, dass Zuwendungen Dritter zunächst vollständig auf den gemeindlichen Anteil der Aufwendungen zu verwenden sind. Dies führt dazu, dass Zuwendungen zwar die gemeindlichen Kosten senken, aber keinerlei Auswirkungen auf die Beitragshöhe der Bürgerinnen und Bürger haben.

Häufig wird in der kommunalpolitischen Diskussion darauf hingewiesen, dass die geplante Maßnahme unbedingt durchgeführt werden müsse, weil die Beitragspflichtigen von den zu erwartenden Zuschüssen ja auch profitieren würden. Tatsächlich kommen ihnen diese Zuschüsse aber nicht zugute, weil sie regelmäßig den gemeindlichen Aufwendungsteil nicht überschreiten, sodass die Kostenbelastung der Einwohner gleich hoch bleibt.

Es erscheint sachgerecht, Zuwendungen allen zuteilwerden zu lassen. So wie Zuwendungen die gemeindlichen Kosten senken, sollen sie auch die Kosten der Beitragspflichtigen – die in der Regel ohnehin weit mehr als die Hälfte der Gesamtkosten zu tragen haben – senken. Schließlich wird mittels der Zuwendungen nicht die Gemeinde, sondern die Maßnahme gefördert.

Die Akzeptanz von beitragspflichtigen Maßnahmen wird gesteigert, wenn die hierfür bereitstehenden Fördergelder Dritter anteilig auf alle Beitragspflichtigen gerecht verteilt werden. Sollte sich hiernach eine Maßnahme für die Gemeinde aufgrund des steigenden Eigenanteils als zu teuer erweisen, wird sie Überlegungen zu schonenderen Ausbauparametern anstellen. Dieses vermeintliche Problem ist nicht geringer zu gewichten, als die Sorge, mit der sich die Einwohner angesichts des höheren Eigenanteils konfrontiert sehen.

Iris Schülzke  
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe